Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 48.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 43.

№ 64. **Sonnabend, 16. März 1929, abends.** **82. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 90 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Poincarés Stellung neu gefestigt.

Immer neue und häufig heftige politische Stürme sind über die Regierung Poincaré hingebraust, seitdem im November vorigen Jahres die Radikalsozialisten in die Opposition gegangen sind und Poincaré sich Schritt um Schritt mehr auf dem Programmboden einer ausgesprochenen Rechtsregierung stellen mußte. Die Radikalsozialisten haben ihre Angriffe immer wieder so geführt, als seien sie entschlossen, das Linkskartell in engem Kontakt mit den Sozialisten zu erneuern. Die Erörterung über die religionspolitischen Bestimmungen bildete im Zusammenhang mit dem von der Opposition mit Leidenschaft aufgegriffenen Skandalfall der tödlichen Erkrankungen in der Besatzungsarmee den Höhepunkt der parlamentarischen Kampfhandlungen. Poincaré weiß aber wohl, daß er letzten Endes immer wieder auf das außerordentlich starke Ansehenskapital zurückgreifen kann, das er mit seiner Person in die Wagschale wirft. Mit Entschlossenheit hat der Ministerpräsident, vom Außenminister unterstützt, die sofortige Behandlung der Wiederzulassung der Missionsorden und der Rückgabe der kirchlichen Güter erzwungen. Die Verwirklichung dieses seit Jahren schon vorbereiteten Entwurfes, der in dem laizistischen Frankreich natürlich stärkste Widerstände heraufbeschworen hat, ist im Augenblick so von der politischen Entwicklung begünstigt, wie noch nie zuvor. Es ist auch in Frankreich allgemein bekannt, daß der Vertrag des faschistischen Italien mit dem Vatikan eine gewaltige Ansehensstärkung für den italienischen Einfluß im nahen Orient bedeuten muß. Die Missionsgesellschaften sind nun einmal die Vorkämpfer der nationalkulturellen und nationalwirtschaftlichen Ausdehnung in den umstrittenen Gebieten. Frankreich ist hier infolge seiner schlechten Behandlung der religiösen Orden im Mut erlande seit längerer Zeit schon sehr ins Hintertreffen geraten. Der französische Außenminister Briand, dem man wirklich keine klerikalen Neigungen vorwerfen kann, konnte nicht länger mehr warten. Diese Situation wird auch in linksgerichteten Kreisen so weit begriffen, daß nicht mit außenpolitisch unliebsamen weltanschaulichen Programmreden zu rechnen sein wird. Der Besatzungsskandal ist mit allen Regiekünsten wohl vorbereiteter Kontrollkommissionen unter Zitierung der Geister des seligen Potemkin abgebogen worden. Der parlamentarische Feststellungsbericht ist so ausgefallen, wie ihn die Regierung sich gewünscht hat. Die Linksparteien werden noch einen Parlamentsdonner heraufbeschwören, aber die Stellung der Regierung kann auch hier als gesichert gelten. Die starke überragende Persönlichkeit Poincarés hält immer wieder das Regierungsgefüge zusammen, obwohl die drei ungefähr gleichbedeutenden Parteigruppen der Nationalen Republikaner, der Radikalsozialisten und Sozialisten, zwischen denen keine dauernde Bindung möglich erscheint und zwischen denen kleinere Fraktionen und Gruppen hin und her pendeln, die Schaffung tragfähiger Regierungskoalitionen sehr erschweren. Poincarés Methode ist es, immer wieder scharf vorzustoßen und seine Gegner gerade zu der ihnen ungelegensten Zeit vor Entscheidungen zu stellen, denen sie nicht gewachsen sind. Wenn Poincaré, wie es der Fall war, heute gestürzt werden würde, so würde das nächste Kabinett wiederum unter dem Namen des gleichen Staatsmannes vor das Parlament hintreten müssen. Poincaré und seine Politik leben unter schwierigsten Umständen von der Unersetzbarkeit seiner Person. Seine Stärke ist es, daß er sich dieser Lage genau bewußt ist und immer wieder ebenso geschickt wie rücksichtslos von ihr Gebrauch macht. Die politische Abnützungstheorie, die gerade in Frankreich zum eisernen Bestand aller Berechnungen zu gehören schien, wird an Poincaré zuschanden.

Ende Februar noch geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit.

)(**Berlin.** In der zweiten Februarhälfte hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung noch um etwa 100 000 Personen erhöht. Am **28. Februar** gab es in der Arbeitslosenversicherung (einschließlich Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit) **rund 2 480 000 Hauptunterstützungsempfänger** gegen rund 2 380 000 am 15. Februar. Davon waren nach vorläufigen Ermittlungen etwa 940 000 Personen in der Sonderfürsorge. Die Zunahme betrifft ganz überwiegend diese Gruppe, während in der Arbeitslosenversicherung — zum ersten Male seit vielen Monaten — ein kleiner Rückgang der Unterstützten zu verzeichnen ist (um 32 000 oder 2 v. H.) Die geringe Zunahme der Krisenunterstützten um rund 7000 Personen hat für das Gesamtergebnis keine wesentliche Bedeutung.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Japan.

Tokio. (Funkspruch.) Nach hier eingegangenen Nachrichten ist auf der Sanjodo-Strecke ein **Schnellzug entgleist.** Bei dem Unglück, über das noch keine Einzelheiten bekannt geworden sind, wurden **4 vollbesetzte Wagen umgeworfen. Die Zahl der Toten und Verletzten soll 200 betragen.**

Die Vollsitzung der Sachverständigen in Paris.

Die Festsetzung der deutschen Jahresraten und der Zahlungsdauer noch nicht erfolgt.

* **Paris.** (Telunion.) Die Vollsitzung der Sachverständigenkonferenz, die um 3 Uhr zusammengetreten war, dauerte bis gegen 6 Uhr. Die nächste Vollsitzung ist auf den kommenden Montag 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

Die Aussprache begann mit einem **Bericht Lord Revelstokes** über die Arbeiten seines Ausschusses, der sich bekanntlich mit der **Frage der Kapitalbeschaffung und der Beziehungen der Centralbank zu den Notenbanken und den Kreditoperationen befaßt.** Der Revelstokesche Bericht war noch nicht abgeschlossen. Man hofft, daß er bis Montag über die weniger wichtigen Fragen, über die eine Verständigung noch nicht erzielt werden konnte, abschließend berichten kann.

Man prüfte darauf den **Bericht des Perkins-Ausschusses über die Sachlieferungen.** Auch hier ist eine **Einigung in allen Hauptpunkten erzielt,** doch wird auch der Perkin-Ausschuß vor der Vollsitzung am Montag noch einmal zu einer letzten Durchsicht zusammentreten. Die Schwierigkeiten bei den Arbeiten des Perkin-Ausschusses bestehen darin, daß man nach Möglichkeit schon die Hauptpunkte für eine **Neuregelung des Sachlieferungsverfahrens festlegen** will, um eine Wiederholung monatelanger Verhandlungen, wie sie sich nach Abschluß des Dawesplanes als notwendig erwiesen, zu vermeiden. **Man rechnet allgemein mit Deutschen-Sachlieferungen noch 8 bis 10 Jahre.** Für diese Zeit sollen die Erfahrungen des Wallenberg-Ausschusses ausgenutzt und der Neuregelung zugrunde gelegt werden.

Auftragsgemäß legte darauf **Sir Josia Stamp** zwei Fragebogen, die nach ihrem Inhalt in wichtige und unwichtigere Fragen geteilt waren, vor. Auch hier darf man feststellen, daß bei der größeren Anzahl der Fragen Uebereinstimmung herrscht mit Ausnahme von drei oder vier, die getrennt von mehreren Ausschüssen zu je drei Herren oder vom Transferausschuß behandelt werden sollen. Ueber das Verhältnis zwischen dem durch Transfer geschützten und dem ungeschützten Teil der deutschen Schuld hat man sich, wie verlautet, bereits geeinigt.

Zusammenfassend sei bemerkt, daß, abgesehen von einigen unwichtigen Nebenfragen, der Mechanismus der zukünftigen Reparationszahlungen im wesentlichen seine Lösung gefunden hat oder aller Voraussicht nach am Montag finden wird. Wie wichtigste Aufgabe der Sachverständigen, die Festsetzung der deutschen Jahresraten und der Zahlungsdauer wurde dagegen immer noch nicht beendet. Die privaten Verhandlungen dauern an. Sie werden zwischen den Führern der Abordnungen ohne Hinzuziehung der übrigen Sachverständigen fortgesetzt.

Paris. (Funkspruch.) **Der Petit Parisien glaubt mitteilen zu können, daß die ungeschützte Annuität der deutschen Zahlungen, die hauptsächlich zur Deckung der von Frankreich zum Wiederaufbau des ehemaligen Kampfgebietes gemachten Angaben dienen würden, 1500 Mill. Goldmark auf die Dauer von 37 Jahren betragen würde. Der durch Transfer-Moratorium geschützte Teil, der zur Begleichung der interalliierten Schulden verwendet werden würde, würde progressiv gestaffelt 58 Jahre zu zahlen sein. Dieser würde sich gegenwärtig auf 800 Mill. Goldmark belaufen und nach 15 Jahren 1700 Millionen Goldmark erreichen. Als Kapital für die geplante Zentralbank nennt das Blatt die Summe von ca. 100 Mill. Dollar. Nach einer Meldung des Daily Telegraph wird der Anteil Amerikas am Kapital so gering sein, daß die Befürchtung einer Beherrschung der Bank durch Amerika hinfällig ist.**

Die zahlreichen Todesfälle in der Rheinlandarmee.

Die Kammersitzung über die Todesfälle in der Rheinarmee.

Paris. (Telunion.) Die Kammersitzung am Freitag nachmittag war der **Beratung der verschiedenen Interpellationen über die Zustände in der Rheinlandarmee und besonders die zahlreichen Todesfälle in der Besatzungsarmee** während der Kältezeit vorbehalten. Es waren nicht weniger als 7 Interpellationsgesuche eingegangen. Die Interpellanten gehören der sozialistischen, der kommunistischen, der linksrepublikanischen Radikalsozialistischen und linksunabhängigen Gruppe an.

Zunächst erhielt das Wort der **sozialistische Abgeordnete Barthe,** der darauf hinwies, daß die **Toten der Rheinlandarmee nach Hunderten zählten. Der große Schuldige sei das Oberkommando.** Scharf beleuchtete er die Vorgänge in Trier, Coblenz, Kaiserslautern, Mainz, Düren und Zweibrücken. Aus den Ausführungen des Redners ging hervor, daß **die Heizung in den Kasernen und Lazaretten durchaus ungenügend** war, z. T. **vollständig fehlte und die Leute sich in voller Kleidung ins Bett legen mußten,** um sich gegen die Kälte zu schützen.

Der kommunistische Abgeordnete **Cachin** stellte fest, daß **im Rheinland 350 Mann der Besatzung gestorben** seien. Die Hauptverantwortung trage der Kriegsminister. Cachin verlas den kommunistischen **Antrag auf sofortige Räumung des Rheinlandes** und Gewährung der Freiheit an die Armee.

Der radikalsozialistische Abgeordnete **Nobert** beschränkte sich auf die Ereignisse in Hagenau, wo sich während der Monate Januar und Februar 13 Todesfälle ereignet hätten.

Die Sitzung wurde kurz vor 19 Uhr auf 21 Uhr vertagt.

*

* **Paris, 16. März.** (Telunion.) Die Interpellationsaussprache über die **Zwischenfälle in der französischen Rheinlandarmee** wurde in einer **Nachtsitzung fortgesetzt,** die am Freitag abend um 21 Uhr begann. Einleitend begründete der **Abgeordnete Gurrau** von der unabhängigen Linken seine Interpellation über die zahlreichen Todesfälle und verlangte Bestrafung der Schuldigen.

Hierauf ergriff

Kriegsminister Painlevé

das Wort, um in einer längeren Rede sein Ministerium und soweit als möglich auch die militärischen Rheinlandbehörden in Schutz zu nehmen. Er wies darauf hin, daß sich auch in früheren Jahren während der Wintermonate die Todesfälle gehäuft hätten, sofort nach Ausbruch der Grippeepidemie habe er am 6. Februar einen Inspekteur und alle verfügbaren Aerzte in das Rheinland entsandt. Es sei nicht seine Schuld, wenn nicht mehr Aerztepersonal zur Verfügung gestanden habe. Die Rheinlandarmee sei von der großen Fieberwelle ergriffen worden, die über die Gegend hinweggegangen sei. Die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung seien viel zahlreicher gewesen, als unter den Truppen. Hierauf geht der Minister auf Einzelfälle ein. **In Trier habe das Kommando kein Verständnis für die moralischen Wirkungen gewisser Vorgänge gezeigt.** (Es handelt sich hierbei um den Divisionsgeneral Putois, der seinen Sitz in Düren hat.) Dort sei ein **schwerer Fehler begangen worden, der auch schwer bestraft werde.** Auch hätten **bei starker Kälte Paraden stattgefunden,** ohne daß die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden seien. Auch hier würden Strafmaßnahmen ergriffen. Nicht leichten Herzens würde er gewisse verdiente Offiziere bestrafen, aber er müsse seine Pflicht erfüllen. Unverständlich sei, wie die Kohle hätte ausgehen können. Auch hier werde untersucht werden, wen die Schuld treffe. Er habe beschlossen, für die Hinterbliebenen alles nur mögliche zu tun. Die Leichen würden nach Frankreich überführt und alle Familien Pensionen und reiche Entschädigungen erhalten. Bei der Auswahl der Besatzungstruppen müsse mit größter Sorgfalt vorgegangen werden.

Der Minister schloß mit der Erklärung: entweder **werde** ihn die Kammer tadeln, oder sie werde erklären, daß er seine Pflicht getan habe, daß sich unter den obwaltenden Umständen nicht mehr habe tun lassen.

Nach dem Kriegsminister sprach der kommunistische Abgeordnete Doriot.

*

Paris. (Funkspruch.) Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte über die Gesundheitsverhältnisse bei der Besatzungsarmee im Rheinland wurde folgende, von dem Abg. **Scapini** eingebrachte **Tagesordnung** angenommen:

„Die Kammer gedenkt mit Bewegung der im Rheinland gestorbenen französischen Soldaten, sie entbietet der Armee der Republik den Ausdruck der Sympathie des Landes und rechnet damit, daß die Regierung den durch die Todesfälle betroffenen Familien die Anteilnahme des Landes durch Fürsorge bezeugt, die gerechtfertigten Maßregeln ergreift und die Gesundheit der französischen Truppen mit allen möglichen Mitteln schützt."

Um 3 Uhr früh wurde nach weiterer Aussprache, in der auch nochmals **Kriegsminister Painlevé** das Wort ergriff, zunächst die einfache Tagesordnung des Abg. La Chambre, gegen die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 308 gegen 262 Stimmen abgelehnt. Die **Tagesordnung Scapini** wurde dann in ihrem ersten Teil durch Handaufheben in ihrem 2. mit 314 gegen 236 Stimmen **angenommen.**

Im Laufe der Aussprache hatte der Abg. **Nollin** (Linksrepublikaner) Feststellung der Verantwortlichen verlangt und erklärt, **die Söhne Frankreichs seien nicht mit der notwendigen Sorgfalt und Menschlichkeit behandelt worden,** wie man von den verantwortlichen Führern hätte erwarten müssen. Dazu bemerkte Painlevé, er habe zwar Irrtümer zugegeben, aber im allgemeinen könne man nicht sagen, daß nicht die notwendige Sorgfalt gewaltet habe.

Die Sitzung der Kammer wurde um 5 Uhr früh aufgehoben.